

Abonnements:
Monatlich 85 Pfennig einschließlich
Zugabe; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
2,65, monatlich 85 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
"Vollstimmte, Frankfurt/Main".
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Vollstimmte

Inserate:
Die Geschäfts-Teilnahme kostet 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition des Blattes abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei u. Verlagsanstalt,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht "Vollstimmte" adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Dr. Max
Querd, für den übrigen Teil: Gustav Hammer
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 - Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mäler -
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 178 **Dienstag den 1. August 1916** **27. Jahrgang**

Amerika-Note gegen Englands schwarze Listen.

Zwei Jahre Weltkrieg.

Seit vor zwei Jahren erfolgte vor dem drohenden An-
rücken der russischen Massenarmee an unsere östliche Grenze
die deutsche Kriegserklärung. Die heftigsten Bemühungen der
deutschen Regierung, zwischen Rußland und Österreich zu ver-
mitteln, hatten die furchtbare und gefährliche Bedrohung von
Österreich nicht ausblenden können, die als eine schroffe
Herausforderung an das noch immer den Frieden suchende
Deutschland erschienen mußte. Wir sind noch der ganzen Lage
der Sache und nach dem Verhalten der deutschen Regierung
und des deutschen Volkes die ganzen Jahre vorher der festen
Überzeugung, daß auch die spätere Geschichtsschreibung an
diesem Bilde nichts ändern wird. Und deshalb ist unsere
Stellung zum Weltkrieg heute dieselbe, wie vor zwei Jahren:
wir können unser Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht
im Stich lassen, gerade weil sich, nach den furchtbaren Stür-
men zweier Kriegsjahre die Sehnsucht nach dem Sonnen-
schein des Friedens in der Arbeiterklasse vielleicht am
heftigsten regt. Sie hat die Arbeits- und Lebensbedingen des un-
geheuren Ringens am stärksten zu tragen. Aber sie weiß auch,
daß uns nur Festigkeit und resolute Eingabe an den Führer
der Heimat die dauernde Ruhe verschaffen können, nach der
wir uns so inbrünstig sehn.

Die Weltgeheimnisse dröhnen im Felde brechen eine so er-
schütternde Sprache, daß es dem wahrhaftigen Zeitungs-
schreiber klein und erbärmlich erscheint, mit seiner schwachen Feder
den gewaltigen Jüngen jener Schrift nachzugehen. Wir haben
deshalb darauf verzichtet, den zweijährigen Gedankengang der
Kriegskatastrophe von 1914 mit jener selbstgefälligen Breite
und Ueberhebung zu besprechen, wie sie fingerewandten Jour-
nalisten geläufig ist. Das Unglück, das der Krieg über die
Menschheit brachte, ist zu groß, als daß heute schon so leicht
überabgerechnet werden könnte. Aber die Worte vom
"Sonnenchein des Friedens", den jedes menschliche Herz er-
scheint, stammen aus den drei Aufrufen, die der
deutsche Kaiser zum 1. August an das deutsche Volk, an
See und Flotte, sowie an die Arbeiter für den Seeresbedarf
richtete. Das sind politische Rundgebungen, an denen auch die
deutsche Arbeiterklasse nicht vorübergehen kann.

Sprache und Inhalt dieser Aufrufe sind ausgezeichnet
durch jene deutsche Wärme und Liebe zur friedlichen Kultur-
arbeit, die wir schon aus den Reden des Reichskanzlers kennen
und die uns die Gegner unbegreiflicherweise noch immer be-
wehren. Zwar flirrt es in den Rundgebungen auch von schar-
fer Waffen Klang. Wenn eine Welt von Gegnern um uns
steht, ist dies nicht anders möglich. Aber der Grundton ist
das Bekenntnis zur "friedlichen Arbeit deutschen Geistes und
deutscher Sünde", die vor neuen Ueberfällen geschützt werden
sollen. Die Arbeiterklasse empfindet das als den kulturellen
Gehalt und Trost in diesem furchtbaren Worten. Die Landes-
verteidigung ist uns nicht Selbstzweck und die kriegerische
Verbündung nicht Ziel und Inhalt unseres Lebens. Rotgedrungen
haben wir zu ihr gegriffen, um das Kostbarste zu retten: die
Freiheit und Selbstständigkeit unserer Arbeit und Wirtschaft,
deren Entwicklung uns nicht von außen vorgezeichnet wer-
den soll, sondern über die wir nach unseren Kräften befinden
wollen, ebenso, wie uns niemand in unser politisches Innen-
leben hineinreden soll, das wir ordnen wollen nach den poli-
tischen Kampfgesetzen, die uns eigentümlich und recht sind.
Deutscher Geist und deutsche Arbeit sind nie unempfänglich ge-
wesen für internationale Befriedung, ebenso, wie wir Deut-
schen der Internationale der Geister und der Arbeit immer
wärmes Leben zugeführt haben. Weit weg weisen wir aber die
Annahme, daß uns fremde Gesetze und Regeln gesetzt wer-
den. Man uns durch Einförmigkeit und Kesselform vorzwei-
ben will. Unser Volkstum hat in der Welt das selbe Recht, wie
die anderen. Und wenn jetzt das meertumschlüngene ferne
Rußland eine furchtbare Seereschlacht plant, wie sein
Mutterland England sich eine solche anzulegen begonnen hat,
wie kann man dann über die Beherrschung Deutschlands in
dieser Welt widerstreitender kapitalistischer Interessen schwei-
gen? Solange diese das Feld beherrschen, und
daß für tun die bürgerlichen Massen unserer Gegner mehr,
daß es ein über die Arbeiterklassen in den gegnerischen Län-
dern weniger als wir, solange muß auch unser Land das Recht
haben, sich in dieser kapitalistischen Welt zu behaupten.

Ueber die kaiserlichen Erlasse hinaus erneuert die deutsche
Arbeiterklasse zum 1. August ihren Schwur und das Gelöbnis
der Einsetzung ihrer ganzen Kraft für eine vollstimmte Ge-
haltung unserer deutschen Verfassungsverhältnisse. Sie ist
nicht enttäuscht darüber, daß die Rundgebungen des Monarchen,
der im heißen Kampfe um unser selbständiges Dasein alles
zusammenzufassen sucht, wiederum kein Versprechen innerer
Reformen enthalten. Die Arbeiterklasse weiß, daß die
Durchführung solcher Reformen, aus denen sie die Erträglich-
keit ihres harten Arbeitsdaseins herleitet, lediglich eine Frage
der Kraft ist, die die Volksbewegung im Kriege und nach dem
Kriege zu entfalten weiß. Sie hat bereits den kapitalistischen

und feudalen Gesellschaftsklassen manche Besserung ihrer Stel-
lung im Innern während des Krieges abgerungen. Wenn sie
denkbar an See und Flotte denkt, dann vertraut sie auch dar-
auf, daß unsere Seereschlacht nicht unabänderlich ist und
daß Fortschritte auch dort für die Geltung des "gemeinen
Mannes" als Menschen zu erringen sind. Wenn sie von der
Arbeit hinter der Front und der Heimatsrüstung spricht, so
wünscht sie Taten für diejenigen, die sich in schwerer Arbeit als
weibliche und jugendliche Arbeiter abmühen, während ihre
Mütter und Brüder draußen mit Tod und Teufel kämpfen. Der
Kaiser beauftragt den Kriegsminister:
"Seinen und des Vaterlandes besonderen Dank allen denen aus-
zusprechen, die in nimmer ruhender Geistesarbeit oder an der
Werkbank, am Schmelzofen oder im tiefen
Schacht ihr Leben hergaben, um unsere Rüstung stark und
unüberwindlich zu erhalten. Welcher Dank gebührt auch
den tapferen Frauen, die dem Gebote der Stunde gehorchend,
zu ihren in dieser Zeit wahrlich nicht leichten Frauenpflichten
gern auch die harte Männerarbeit auf sich nahmen."

Die deutsche Arbeiterklasse will diese Leistungen beant-
worten durch entschiedene soziale Schutzmaßnahmen und
durch eine Organisation der Lebensmittelversorgung, die nicht
bloß auf die Produktionsfähigkeit der Landwirte, sondern
vor allem auf die Leistungsfähigkeit der Massen eingestellt
ist. Das sind Taten von höchster vaterländischer Bedeutung
noch innen und außen!

So kämpfen wir weiter auf unsere Art und mit dem Be-
wußtsein, der Heimat dadurch das Beste zu geben, das wir
haben. Die Leute aus dem Volk, die in diesen Tagen die
Schlacht um Döllers mit einer Selbstenhaftigkeit ohne Gleichen
bestanden, mit denen kann das Deutsche Reich, wenn es ihnen
vertraut, auch Leistungen im Innern vollbringen, die unser
Vaterland ehren und erhöhen!

Aufruf an das Deutsche Volk.

Vertraut, 31. Juli. (W. V. Amlich.) Der Kaiser hat an den
Reichskanzler folgenden Erlaß gerichtet:

"Zum zweiten Male kehrt der Tag wieder, an dem mich
die Feinde zwingen, Deutschlands Söhne zu den Waffen zu rufen,
um die Ehre und den Bestand des Reiches zu schützen. Zwei
Jahre heillosen Leidens in Taten und Leiden hat das
deutsche Volk durchgemessen. Meer und Flotte haben im Verein mit
den tapferen und tapferen Bundesgenossen in Angriff und Abwehr
den höchsten Ruhm erworben. Viele Tausende unserer Krieger
haben ihre Treue gegen das Vaterland mit ihrem Blute besiegelt.
In West und Ost bestehen unsere heldenmütigen Heertruppen in un-
erschütterlicher Festigkeit dem gewaltigen Ansturm des Gegners.
Unsere junge Flotte hat am ruhmreichen Tage von Skagerrak
der englischen Armada einen heftigen Schlag versetzt."

Lebhaft stehen mir die Taten der ermüdeten Opfermühen
und treuer Kameradschaft an der Front vor Augen. Aber auch
daheim ist Heldentum: bei Mann und Frau, bei jung und
alt, bei allen die Trauer und Sorge still und tapfer tragen, die
ordnen helfen, um die Leiden des Krieges zu mildern, in der Ar-
beit bereit, die Tag und Nacht unermüdet schaffen, um unsere
kämpfenden Brüder im Schlachtfeld und auf der See mit allem
notwendigen Nahrungsmittel zu versorgen. Die Hoffnung der Feinde,
uns in der Herstellung von Kriegsmitteln zu überflügeln,
gelen, wird ebenso zuhause werden wie ihr Plan, durch
Hunger zu erzwingen, was ihr Schwert nicht erreichen
kann. Auf Deutschlands Fluren tönt Gottes Gnade des Land-
manns gleich mit reichlicher Frucht als wir zu hoffen wagen. Süd
und Nord weissen darin, die rechten Wege für eine brüderliche
Verteilung von Nahrung und anderem Lebensbedarf zu finden.
Allen, die brauchen und dahelfür Volk und Heimat kämpfen und
streiten, ihnen allen gilt mein heißer Dank. Noch liegt Schweres
vor uns. Zwar regt sich nach den furchtbaren Stür-
men zweier Kriegsjahre die Sehnsucht nach dem
Sonnenchein des Friedens in jedem menschlichen
Herzen. Aber der Krieg dauert fort, weil die Lösung der feind-
lichen Rachthaber auch heute noch Deutschlands Vernich-
tung ist. Auf unsere Feinde allein fällt die
Schuld des weiteren Blutvergießens."

Niemals hat mich die feste Zuversicht verlassen, daß Deutsch-
land trotz der Ueberzahl seiner Gegner unbewundbar ist,
und jeder Tag befestigt sie aufs neue. Das deutsche Volk weiß,
daß es um sein Dasein geht. Es kennt seine Kraft und ver-
traut auf Gottes Hilfe. Darum kann nichts seine Entschlossenheit
und Ausdauer erschüttern. Wir werden diesen Kampf zu einem
Ende führen, das unser Reich vor einem neuen Ueber-
fall schützt und der friedlichen Arbeit deutschen
Geistes und deutscher Hände für alle Zukunft ein
freies Feld sichert. Frei, sicher und stark wollen wir woh-
nen unter den Völkern des Erdballs. Dieses Recht soll und wird
uns niemand rauben."

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis
zu bringen.
Großes Hauptquartier, den 31. Juli 1916.

An den Reichskanzler. Wilhelm I. R.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)
Großes Hauptquartier, 31. Juli. (W. V. Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die englischen Unternehmungen bei Pozieres und
Longueval erstreckten sich bis in den gestrigen Tag. Sie lei-
teten einen neuen, großen englisch-französischen Angriff ein, der
zwischen Longueval und der Somme am Morgen unter Einsatz
von mindestens sechs Divisionen einheitlich erfolgte, während er
zwischen Pozieres und Longueval tagsüber durch unser Feuer
niedergehalten wurde und erst abends in Einzelangriffen mit
ebenfalls sehr starken Kräften zur Durchföhrung kam. Ueber-
all ist der Feind unter schwersten blutigen
Verlusten abgewiesen worden. Feuertauf
beiden Seiten gewonnen. Wo es zu Kämpfen kam, sind
sie dank dem schneidigen Draufgehen bayerischer und sächsischer
Reservetruppen, sowie tapferer Schleswig-Holsteiner zu unseren
Gunsien entschieden. 12 Offiziere, 769 Mann des Gegners wurden
gefangen genommen, 13 Maschinengewehre erbeutet. Südlich der
Somme Artilleriekämpfe. In der Gegend von Brunay (Cham-
pagne) brach ein schwächerer französischer Angriff in unserem
Feuer zusammen. Ostlich der Maas verstärkte sich das
Artilleriefeuer mehrfach zu größerer Heftigkeit; südwestlich des
Werkes Thiaumont fanden keine Handgranatenkämpfe statt.

Ein feindlicher Fliegerangriff auf Conslant wurde
mit Feuer auf Pont-a-Mousson beantwortet. Ein auf Müll-
heim i. R. angelegtes französisches Flugzeugabwerfer wurde bei
Neuenburg a. Rh. von unseren Jägern gefest, in die Luft ge-
schlagen und verfolgt; das feindliche Führerflugzeug wurde nord-
westlich von Müllhausen zum Abbruch gebracht. Leutnant Schöndorf
schickte nördlich von Bapaume den ersten, Leutnant Wintgens östlich
von Peronne den zweiten Gegner außer Gefecht. Je ein französi-
scher Doppeldecker ist westlich von Pont-a-Mousson und südlich von
Thiaumont (dieser durch Abwerfer) abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Weiterseits von Friedrichstadt wurden russische Auf-
klärungsabteilungen abgewiesen. Angriffe gegen unsere Kanal-
stellung westlich von Logischin und bei Kobel (am Strumica-
flus) südwestlich von Pinsk sind gescheitert.

Die gegen die

Heeresgruppe des Generals von Linington

fortgesetzten starken Anstürme der russischen Truppenmassen sind
auch gestern siegreich abgewehrt worden; sie haben
den Angreifer wiederum die größten Verluste eingetragen. Den
Durchbruch legte der Feind auf die Westseite beiderseits der Bahn
Kowel-Sarn, zwischen Wlontez und der Turza, südlich der
Turza und beiderseits der Lipa. Ein gut vorbereiteter Gegen-
angriff warf den bei Jarcege (südlich von Sarn) vorgebrungen-
en Feind zurück. Soweit bisher festgestellt, wurden gestern
1689 Russen (darunter 9 Offiziere) gefangen genommen.

Unsere Fliegergeschwader haben während der letzten
Kampftage dem Gegner durch Angriffe auf Artilleriestellungen, mar-
schierende und bivouacierende Truppen, sowie die rückwärtigen Verbin-
dungen erheblichen Schaden zugefügt.

Armee des Generals Grafen von Söthner.

In Fortsetzung der Angriffe im Abschnitt nordwestlich und west-
lich von Bucacz gelang es den Russen, an einzelnen Stellen in
die vorderste Verteidigungslinie einzudringen. Sie sind zurückge-
worfen. Alle Angriffe sind siegreich abgewehrt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Oberkegnerleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 31. Juli. (W. V.) Amlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen östlich von Kirli Baba wurde in der vor-
letzten Nacht durch Truppen der Armee Pflanzer-Baltin ein rus-
sischer Posten abgeschossen.

In Südost-Galizien verlief der Tag verhältnismäßig
ruhig. Im Westen und Nordwesten von Bucacz setzte der Feind
keine Angriffe nach wie vor mit größter Heftigkeit fort. Es wurde
auch gestern erbittert und hartnäckig gekämpft. Die verbündeten
Truppen haben alle Stellungen behauptet.

Unmittelbar westlich von Orschy schickten mehrere nächt-
liche Angriffe des Gegners. Auch in Ostgalizien erfolgte der
Feind gestern wieder ungezählte Tausende von Mannstücken ohne
jeden Erfolg. Wo immer er aufstürzte (bei Zwiniacz, westlich
und nordwestlich von Luck und zu beiden Seiten der von Sarny
nach Kowel führenden Bahn), überall brachen seine Sturm-
kolonnen zusammen. Südlich von Stokowka, wo er vorübergehend

auf dem linken Stochduser Fuß sah, wurde er wieder zurückgetrieben. Die in Reihen kämpfenden verbundenen Truppen haben gegen mehrere russische Offiziere und 2000 Mann gefangen genommen und 3 Maschinengewehre erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In den Dolomiten wurde gestern im Gebiete der Tofanen der Angriff mehrerer Alpini-Bataillone blutig abgewiesen. 135 Italiener, darunter 9 Offiziere, wurden gefangen, 2 Maschinengewehre erbeutet.

An der Isonzo-Front unterhielt die feindliche Artillerie ein heftiges Feuer gegen den Tolmeiner und Görzer Brückenkopf, sowie gegen unsere Stellungen am Monte San Michele.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs.
v. S. f. r. e. Feldmarschall-Lieutenant.

Kriegsschiffsverluste und Handelskriegerfolge.

Die Kriegsschiffsverluste (Linienfahrzeuge, Panzer-, Geschützte und kleine Kreuzer) in den ersten beiden Kriegsjahren betragen:

	England und seine Bundesgenossen		Deutschland und seine Bundesgenossen		
	Zahl	Wasser- verdrängung T.	Zahl	Wasser- verdrängung T.	
1. Kriegsjahr	27	235 930	20	103 321	
2. Kriegsjahr	22	266 320	10	82 210	
insgesamt:	49	502 250	30	191 531	
dabon	England allein	40	485 220	25	162 676

Die englischen Verluste setzen sich zusammen aus 11 Linienfahrzeugen, 17 Panzerkreuzern, 12 geschützten Kreuzern. Bei den 11 Linienfahrzeugen sind mitgerechnet der von der britischen Admiralität bis heute noch nicht bekanntgegebene Verlust des „Audacious“, sowie der Verlust eines Schiffes der „Queen Elizabeth“-Klasse. Bei den Panzerkreuzern sind mitgezählt der von den Engländern noch heute bestrittene Verlust des „Tiger“, sowie eines Panzerkreuzers der „Cressy“-Klasse, dessen Sinken in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1916 von der gesamten deutschen Hochseeflotte festgestellt worden ist, bei den Geschützten und kleinen Kreuzern 2 in der Seeschlacht vor dem Skagerrak gesunkene kleine Kreuzer. Im übrigen sind nur die von den Engländern selbst zugegebenen Verluste in Anrechnung gebracht.

In dem verflochtenen Kriegsjahr (gerechnet vom 1. Juli 1915 bis einschl. 30. Juni 1916) sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ferner insgesamt 879 feindliche Handelsschiffe mit 1 816 782 Brutto-Registertonnen verloren gegangen. Insgesamt sind seit Kriegsbeginn bis zum 30. Juni 1916 durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 1903 feindliche Handelsschiffe mit 2 574 205 Brutto-Registertonnen vernichtet worden, wobei die in den Häfen der Mittelmächte beschlagnahmten feindlichen Handelsschiffe nicht mitgerechnet sind.

Während im ersten Kriegsjahr insgesamt 20 nachweisbare Verletzungen des Völkerrechts durch feindliche Handelsschiffe (Feuern auf deutsche Unterseeboote, Versuche, sie zu rammen usw.) begangen worden sind, waren im zweiten Kriegsjahr 38 solche Fälle zu verzeichnen. Insgesamt haben die Handelsschiffe der Alliierten in den beiden Kriegsjahren also nicht weniger als 58mal nachweisbar in grober Weise die Regeln des Völkerrechts gegen unsere U-Boote verstoßen.

Von den Kriegsschiffen der feindlichen Deutschlands ist im Laufe des Krieges insgesamt 3mal das Völkerrecht in besonders schwerer Weise verletzt worden. Es sind dies die Fälle „Kaiser Wilhelm der Große“, „Dresden“ und „Albatros“. Nicht nur als Bruch des Völkerrechts und als ein Bruch mit den einfachsten Geboten der Menschlichkeit, sondern als gewöhnlicher Mord müssen die beiden Fälle „Baralong“ und „King Stephan“ bezeichnet werden.

Nicht zusammenstellen lassen sich die zahllosen Fälle, in welchen englische Kriegsschiffe unter Bruch des Völkerrechts

gegen Handelsschiffe der Mittelmächte und gegen Handelsschiffe der Neutralen vorgegangen sind.

Als Gesamtresultat der beiden Kriegsjahre ergibt sich für die Flotte Englands und seiner Verbündeten ein nicht wieder gut zu machender Verlust an Material und an Prestige.

Dieser große, zu Beginn des Krieges wohl von niemand erwartete Erfolg der deutschen Flotte und der Seestreitkräfte der Verbündeten Deutschlands muß um so höher gewertet werden, als die Gesamtstärke der Deutschland und seinen Verbündeten gegenüberstehenden feindlichen Flotten zu Beginn des Krieges in fertigen und im Bau befindlichen Schiffen aus nicht weniger als 443 Kriegsschiffen von 5 428 000 Tonnen Wasserverdrängung bestand (ungerundet: 650 Kreuzer, Torpedobootzerstörer, Unterseeboote und sonstige bewaffnete Fahrzeuge, von welchen letzteren England allein weit über 2000 in Dienst hat). Die gleichartigen Seestreitkräfte Deutschlands und seiner Verbündeten betrugen hingegen bei Beginn des Krieges nur 156 Schiffe mit 1 651 000 Tonnen Wasserverdrängung.

Einem 3mal so starken Gegner brachten also die Mittelmächte bisher fast genau dreimal so starke Verluste allein an großen Kriegsschiffen bei, als sie selbst erlitten.

Die Franktireurs zur See.

Berlin, 31. Juli. (B. V. Amtlich.) Nach einer Neutermung hat Viscount Grey erklärt, daß nach Ansicht der englischen Regierung die Handlung des Kapitäns Frigate vom englischen Dampfer „Brussels“, der zum Tode verurteilt wurde, weil er versucht hatte, ein deutsches Tauchboot zu rammen, vollkommen gescheitert war. Er soll ferner behauptet haben, daß die Handlung, auf ein feindliches Tauchboot loszufahren und es zum Untergang zu zwingen, tatsächlich eine Verteidigungsmäßigkeit sei, und daß diese Handlung auf die gleiche Stufe zu stellen sei mit dem Gebrauch der Bewaffnung eines Handelsschiffes zu dem Zweck, sich der Beschlagnahme durch ein Kriegsschiff zu widersetzen. Die englische Regierung läßt solche Verteidigung seitens eines Handelsschiffes als berechtigt an. In einer weiteren Erklärung heißt es: Die englische Regierung könne nur schwer glauben, daß, nachdem die deutsche Unterseeboots-Flotte die Praxis angenommen habe, Rauffahrtsschiffe ohne Warnung und ohne Rücksicht auf das Leben der Passagiere zu versenken, der Kapitän eines Handelsschiffes, der Wahregeln ergreift, welche die einzige Aussicht zu bieten schienen, nicht nur sein Schiff, sondern auch das Leben aller Mann an Bord zu retten, wegen dieser Tat mit Ueberlegung und vollständig erschossen werden könne.

Es ist nur zu verständlich, daß die englische Regierung den Versuch macht, die Handlung des Kapitäns Frigate zu rechtfertigen, denn sie selbst ist in hohem Maße mitschuldig. Kapitän Frigate handelte nur auf Rat seiner Regierung so, wie er es tat. In den Äußerungen der englischen Regierung liegt aber auch eine bewusste Zerkleinerung der Öffentlichkeit. Kapitän Frigate versuchte nicht dem warnungslosen Unterwasserangriff eines U-Bootes zu verweigern; das U-Boot war über Wasser und hatte ihn nach den völkerrechtlichen Regeln des Kreuzerrieges über Wasser durch ein Signal zum Stoppen aufgefordert. Deshalb hat er auch nicht versucht, das Leben seiner Besatzung zu retten, denn das war gar nicht in Gefahr. Er hat sich vielmehr am 28. März das U-Boot, das sich seinem Schiffe näherte, untersucht, nahe herankommen, um es dann in hinterlistiger Weise plötzlich zu rammen und dadurch zu vernichten, um so die von der englischen Regierung ausgesuchte Belohnung zu verdienen. Das war keine Verteidigung, sondern der heimtückische Mord eines gedungenen Mörders. Er rühmte sich seiner Tat, wenn er auch glücklicherweise sein Ziel, das U-Boot zu vernichten, nicht erreicht hat. Dies wurde ihm in der Gerichtsverhandlung dadurch vor Augen geführt, daß Zeugen aus der Besatzung des U-Bootes jeht vor Gericht gegen ihn sprachen. Im englischen Parlament ist sein Erfolg gelobt und lobend erwähnt worden, die englische Regierung belohnte ihn. Das deutsche Kriegsgericht verurteilte ihn zum Tode, weil er eine Kriegshandlung gegen die deutschen Seestreitkräfte unternommen hat, ohne in die Streitmacht seines Landes eingereicht zu sein. Er ist nicht kaltblütig und mit Ueberlegung ohne weiteres erschossen worden, wie die englische Regierung behauptet, sondern von dem Gericht selbstverständlich nach kaltblütiger Ueberlegung und gründlicher Prüfung als Franktireur verurteilt worden. Wie das Kriegsgericht an Land die Angehörigen des Heeres vor dem Meuchelmorde eines Freischärlers durch Androhung der Todesstrafe schütz, so schütz dasselbe

Kriegsrecht die Angehörigen der Seestreitkräfte vor dem Meuchelmorde auf See.

Deutschland wird auch in Zukunft von diesem Kriegsrecht Gebrauch machen, um seine U-Bootsbesatzungen nicht zur Beute von Freischärlern auf See werden zu lassen.

Kampf zwischen Zeppelin und Flugzeug.

London, 31. Juli. (B. V. Nichtamtlich.) Die englische Admiralität meldet: Einem unserer Flugzeuge verfolgte heute früh um 5 Uhr 15 Minuten 30 Meilen von der Düfö eine Zeppelin und griff ihn an. Der Pilot hatte bereits zwei Magazine seines Maschinengewehrs auf den Zeppelin abgefeuert und war noch immer im Feuer begriffen, als er vorübergehend durch einen abgeprungenen Teil seines Maschinengewehrs, der ihn betäubte, außer Gefecht gesetzt wurde. Als der Pilot wieder zum Bewußtsein kam, war der Zeppelin nirgends mehr zu sehen. Der Pilot war deshalb gezwungen, nach seiner Station zurückzukehren.

Die Wirkungen des letzten Zeppelinangriffs.

Nach einer Meldung der „Boisschen Zeitung“ aus Bergen berichtet die dort eingetroffene Mannschaft des Stavanger Dampfers „Krofford“, über den Erfolg des letzten deutschen Zeppelinangriffs: Der Angriff, der in der Nacht zum 28. Juli geschah, während das Schiff in Full lag, war von furchtbarer Wirkung. Willkürliche Anlagen, sowie Waffen- und Munitionsfabriken zerstört worden. Der Schaden geht in die Millionen. Nach einem eintündigen Bombardement flog der Zeppelin westwärts. In der Veräufierung brach eine Panik aus, als sie erkannte, daß die Nachbatterien vollständig ohnmächtig waren.

Die Enteignung der Deutschen in Nigeria.

Wass, 1. Aug. (B. V. R.) Am 31. Oktober wird der feindliche Besitz in der westafrikanischen englischen Kronkolonie Nigeria in London öffentlich versteigert werden. Dieser Besitz umfaßt Landhäuser, Bureau, Läden, Logierhäuser, Scheunen, Werkstätten, Werkzeuge und Maschinen. Die Handelswaren und die Kundschaf von Geschäften unter Verwaltungsliquidation werden ebenfalls versteigert, darunter findet sich das Eigentum von deutschen und österreichischen Firmen, die länger als 1/4 Jahrhundert in Nigeria ansässig sind.

Amerika gegen die englischen schwarzen Listen.

Wash, 31. Juli. (B. V. Nichtamtlich.) Die „Wash. Post“ meldet aus Washington: Amerika's Antwort auf das System der schwarzen Listen besagt, die Einrichtung der eine Achtung ausbreitenden schwarzen Listen sei von Volk und Regierung mit schmerzlicher Ueberraschung aufgenommen worden. Es scheint der Regierung eine Politik willkürlichen Eingreifens in den neutralen Handel darzustellen, wogegen in entschiedensten Ausdrücken zu protestieren ihre Pflicht sei. Der Umfang und die Wirkung dieser Politik erscheine außerordentlich.

Nach demselben Grundsatze könnten Amerikaner in den Vereinigten Staaten einer ähnlichen Bestrafung unterworfen werden, wie einheimische geschäftliche Unternehmungen, falls es sich um gebe, daß sie mit einem ihrer eigenen Landsleute Handel treiben, dessen Name auf der Liste stehe. Die Regierung der Vereinigten Staaten erlaube sich, davon zu erinnern, daß die Bürger der Vereinigten Staaten durchaus innerhalb ihrer Rechte bleiben, wenn sie versuchen, mit der Bevölkerung oder den Regierungen einer der kriegführenden Nationen Handel zu treiben. Sie seien dabei nur festbestimmten internationalen Abmachungen und Vereinbarungen unterworfen, welche die englische Regierung, wie es der Regierung der Vereinigten Staaten scheint, zu leicht genommen und zu häufig mißachtet habe. Die Einführung der schwarzen Listen schied diese Gesetzesbestimmung beiseite. Sie verurteile ohne Verhör, ohne vorherige Anklage und von vornherein. Es liege ganz offenbar außer aller Frage, daß die amerikanische Regierung sich nicht bei solchen Methoden gegen ihre eigenen Bürger beruhigen könne. Die englische Regierung könne von ihr nicht erwarten, daß sie darin einwillige, die Namen ihrer Bürger auf eine derartige Liste gesetzt zu sehen, ohne die Aufmerksamkeit der englischen Regierung in ernstester Form auf die vielen bedenklichen

Seniileton.

Die Briefe des Junius.

Von Hermann Wendel.

Noch zittert die Wirkung der Reichstagsrede nach, in der der Kaiser, um die Angriffe hinterhältiger Schmähschreiber abzuwehren, an die deutsche Öffentlichkeit appellierte. Zwei dieser schabenen Witze benannte er, den Landwirtschaftsdirektor Rapp und den großen Unbekannten, der sich unter dem Decknamen Junius alter verbirgt. Nun sind wir in diesen Schicksalswochen und -Monaten der Weltgeschichte so mit all unsern Sinnen auf die unmittelbarste Gegenwart und die nächste Zukunft eingestellt, daß man über der Behandlung des „zweiten Junius“ — so heißt auf deutsch Junius alter — kaum die Frage gestellt hat, was es denn mit dem ersten und eigentlichen Junius für eine Verwandtschaft hatte. Und doch befriedigt die Antwort auf diese Frage nicht nur ein geschichtliches Interesse, sondern läßt auch auf die Lösung von Gegenwartsproblemen ein helles Streiflicht fallen. Wer um Junius Bescheid weiß, dem sagt der Name Junius alter nicht wenig.

Die Erinnerung an die Briefe des Junius führt in eine Zeit zurück, da, um die Mitte des 18. Jahrhunderts, Englands Politik ein Sumpf und eine Fäulnis war. Seit der sogenannten glänzenden Revolution von 1689 war England ganz und gar eine Adelsoligarchie, in der der König als geizhalsiger Hausvater hinter den eisernen Vorhang einer konstitutionellen Verfassung sah; die Königskrone war, wie es ein Geschichtsschreiber ausdrückt, die monarchische Firma eines republikanischen Geschäfts. Am Staatsruhr befand sich eine Handvoll ostentatöser Adelsfamilien, die sich freilich mit der auskommen den Bourgeoisie mehr als andernorts verknüpfen. Diese Familien betrachteten den Staat als ihre Privatdomäne, die sie rücksichtslos auszunutzen berechtigt waren. Die Parteimänner der Whigs und der Tories hatten längst ihre frühere Bedeutung eingebüßt: sie deckten jeder nur mehr einen Teil der herrschenden Sippen, die, eine so heutzutage wie die andere, miteinander um die gefüllte Futtertröge rangten. Das Mittel der Adelsherrschaft war das Parlament, in einem Wirkung und Wirkung toller Korruption. Denn wie hofften die Parlamentarier, die die größeren Städte zu vergeben hatten, daß sie durch eine willkürliche Wahl besetzt wurden, die kleinen Grafschaften aber und die faulen Burggräben, die sogenannten „rotten boroughs“, nur lausige und gelaufene oder sonstwie abhängige

und besessene Wähler an die Leine fesselten, so waren die Abgeordneten wiederum jeder Art der Bestechung durch die Regierung zugänglich: der Minister Welpole, der dieses System auf die Höhe einer Kunst erhoben hatte, rühmte sich, daß er den Preis jeder einzelnen Stimme im Hause der Gemeinen kenne.

Im Jahre 1760 kam man Georg III. zur Regierung, der, bis an den Hals erfüllt von legitimistischen und absolutistischen Vorstellungen, mit dem Gedanken spielte, die Herrschaft des Adels zu brechen und aus dem ersten Beamten des Reichs wieder sein unbeschränkter Herrscher zu werden. Freilich war er ein Muster von Stumpfheit und Unwissenheit; Wadde in seiner „Geschichte der Konstitution in England“ schreibt über ihn, daß er nicht mit einer einzigen Pflicht, die seine Stellung ihm auferlegte, bekannt gewesen ist, außer der bloß mechanischen Geschäftsroutine, die auch der geringste Schreiber in dem niedrigsten Amte des Königsreichs hätte leisten können. So versuchte Georg seine Pläne mit keinem andern Mittel als dem überlieferten der Bestechung durchzuführen, und es gelang ihm wirklich durch freigebige Verschwendung von Gold und Günstbetrüben, aus Tories und Jakobiten, den Anhängern der erledigten Stuarts, eine slavisch ergebene Partei zu schaffen. Als diese, die sogenannten „Königsfreunde“, 1768 auf die übliche Art eine sichere Mehrheit im Unterhaus erlangt hatten, begann eine Zeit schamloser Gewaltthaten gegen alle Widerfacher der herrschenden Partei und Meinung. Besonders entzündeten sich die Feindschaften an dem Fall eines Pamphletschreibers Wilkes, der wegen einer Schmähschrift von dem Obergericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und von dem willkürlichen Parlament ausgeschlossen wurde. Dreimal schickte ihn sein Kreis wieder ins Unterhaus, dreimal erkannten die Gemeinen seine Wahl für ungültig. Als er dennoch wieder gewählt wurde, berief das Parlament seinen unterlegenen Gegenkandidaten, der nur wenige Stimmen erhalten hatte, wider Recht und Gesetz in seine Mitte.

In diesen frechen Rechtsbruch knüpfte ein Ungenannter an, der seit dem 21. Januar 1769 in dem Londoner „Essentialen Anzeiger“ eine Reihe offener Briefe erscheinen ließ. Mit dem Decknamen Junius waren sie bezeichnet und hielten drei Jahre hindurch die politische Welt Englands in Atem, denn sie waren nicht nur mit unbestimmtem Freimut, mit scharfer Satire und mit heftigem Witz geschrieben, sondern sie brandmarkten auch hohe, höchste und allerhöchste Personen mit erschütternder Kenntnis der geheimsten und privatessten Dinge: einer vom Bau“ mußte es sein, der hier die Schleier hob und zeigte, was dahinter vorging. Die Wirkung der

Juniusbriefe wuchs noch dadurch, daß man stets nur den fälschlich treffenden und fälschlich vergifteten Pfeil sah, aber nie die Hand, die ihn von der Sehne schenkte. Am häufigsten nahm neben anderen Größen des Tages der Schatz im Dunkel den Premierminister Herzog von Grafton aufs Korn: seine Ehrlosigkeit, die er ihm nicht nachsagte, seine Schandtat, deren er ihn nicht zick — kaum jemals in der politischen Literatur aller Zeiten ist ein öffentlicher und privater Charakter so nach allen Seiten hin zerlegt und zerpfückt und der Beschädigung der Mittel preisgegeben worden wie der Ministerpräsident Georg III. von Junius. Aber wenn der glänzende Pamphletist, dessen Stil und Witz selbst die Gegner anerkannten, auch den englischen Verfassungsgrundsatz: Der König kann kein Unrecht tun! zu schelten vortrug, so mochte er doch vor dem gekrönten Haupt nicht halt und drohte ihm in seinem berühmten 33. Briefe ganz unerbittlich mit dem gewalttätigen Mord: „Während er sich der Unantastbarkeit seines Anspruchs auf die Krone brüht, sollte der König nicht vergessen, daß diese Krone, wie sie durch eine Revolution erworben wurde, durch eine andere auch verloren werden kann.“

Mit unerbittlichem Griffel zeichnete Junius die Lage Englands: „Eine Nation, die von Schulden überhäuft wird; ihre Einkünfte werden vorgebeugt, ihr Handel sinkt, die Liebe ihrer Kolonien ist entfremdet, die Pflicht der richterlichen Obrigkeit der Soldateska übertragen, ein ritterliches Heer, das niemals ungenutzt steht, es sei denn wider die Unitarier, zerbröckelt, weil es an der Leitung eines Mannes von durchschnittlichem Talent und Mut fehlt; und schließlich ist die Rechtsprechung der ganzen Masse des Volkes verzerrt und verdorrt geworden.“ Aber Junius suchte nicht nur die Quallen dieser Mißstände in der inneren Politik aufzudecken, sondern geißelte auch die auswärtige Politik der Regierung als schwankend, nachgiebig und nicht auf die Ehre der Nation bedacht — daher der Name Junius alter! Dem Herzog von Bedford, Friedensunterhändler bei den Verhandlungen zwischen England und Frankreich von 1762, war er vor, daß er, dem Feinde des Feindes, das Land gespielt habe, und als bei einem Konflikt mit Spanien wegen der Falklands-Inseln die britische Regierung ihre feilscherische Gesinnung bekunde, grüßte er: „Wozu diese unzeitigen, diese lächerliche Erwähnung der friedlichen Gesinnungen des Königs von Großbritannien? Hat man je an ihnen gezweifelt? War er der Angreifer? Sollte er ohne Herausforderung über fremde Mächte her? Zeigt er auch nur Widerstand, wenn man ihn beschimpft? Nein, wenn je der Gedanke an Kampf oder Feindschaft in den königlichen Geist trat, so hätte er eine ganz andere Richtung. Die Feinde Englands haben den

lichen Folgen für die neutralen Rechte und neutralen Beziehungen zu lenken, welche ein derartiges Vorgehen notwendigerweise nach sich ziehen müßte.

Die amerikanische Regierung hoffe und glaube, daß die englische Regierung in einer naturgemäßen Beanspruchung durch die einzelnen dringenden Gegenstände ohne die volle Erkenntnis und mündelnde Unterwürfschaft und nicht wünschenswerte Ergebnisse gehandelt habe, die eintreten könnten.

Zur Kriegsmüdigkeit des französischen Volkes.

Gervé ist empört. Sein ganzer Patriotismus häuft sich auf gegen „die unglaublichen Ungeheuerlichkeiten, die man von allen Seiten hört“. Und was sind diese unglücklichen Ungeheuerlichkeiten? Gervé zählt sie auf, denn er hört sie mit seinen eigenen Ohren mehrmals im Laufe des Tages. Das Volk murren:

Der Krieg dauert nur deshalb so lange, weil die Generale und die Offiziere es wollen; und sie wünschen einen langen Krieg, damit sie die großen Gehälter beziehen. Oder: weil die Minister und die Politiker ein Interesse an einem langen Krieg haben. Oder: die Kanonenschiffe verlaufen den Krieg. Bei Gott, man versteht wohl warum. Oder: es sind die Journalisten, die den Krieg verlängern; was geht das Blutvergießen sie an? Sie versippen ja nur Tinte! Oder: an der Front sieht man keine Reichen; nur die Armen regieren sich! So murren das französische Volk. Gervé verurteilt diese „ungeheuerlichen“ Klagen in der „Victoire“ vom 2. Juli. Aber Gervé hat von einem „noch ungeheuerlicheren, noch wilderen und noch idiotischeren Ereignis“ gehört, das eben am 14. Juli — am größten französischen Nationalfest, und im Herzen von Paris passierte. Vom Place de la République führten Truppen ab. Die einfachen Mannschaften wurden von der Menge freundlich begrüßt. Als aber ein Wagen voll von Offizieren abfahren sollte, rief jemand: „Das sind Offiziere. No les acclamons pas!“ (Rufen wir ihnen keine Grüße zu!) Und die Menge ließ den Wagen abfahren inquit eines fast eifigen Stillschweigens.

Gervé nennt diese Menge „eine Schafherde“. Ganz der alte Syndikalist, der das Volk verachtete. Fanatischer bleibt Kanonier, gleichviel welcher Richtung er angehört. Als Christ würde er Andersgläubige bitter verfolgen; als Revolutionär — die Andersdenkenden. Jetzt ist er kriegswütender Patriot und demüthigt das Volk.

Schaden durch Spaltung.

In Warschau wurde neulich eine Stadtvertretung gewählt, und zwar 90 Mitglieder in Sechsklassenwahlen, wobei den oberen fünf Klassen 75 Mandate, der untersten sechsten die restlichen 15 zufallen. Diese unterste Klasse allein bildet das eigentliche Betätigungsfeld der Arbeiterkraft. Durch Spaltung und gegenseitige Bekämpfung haben die Sozialisten auch in der sechsten Klasse sich um einen Teil des Erfolgs gebracht. Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird darüber geschrieben:

Die Führung in den inneren Kämpfen hatte die (Luxemburgische) Sozialdemokratie Polens und Litauens, kurz die Dsypil genannt. Sie hatte das größte Temperament im Kampfe, in der Urne aber die wenigsten Stimmen. Die größte Kampfkraft zeigte sie gegenüber dem sozialistischen Block, der aus der sogenannten Union der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) besteht. Die dritte Kandidatliste stellte die Polnische Sozialistische Partei, die P. S. S., revolutionäre Fraktion, an. Sie kämpfte unter ihrem alten Slogan: „Für die Unabhängigkeit Polens“.

Neben diesen drei sozialistischen Listen wurden der Vorschlag der bürgerlichen Parteien angenommen. Die Vereinigung der nationalen Arbeiter, eine Vereinigung aller nichtsozialistischen-katholischen Elemente, das jüdische Volkskomitee, alle jüdischen extrem nationalen Schichten und eine dritte bürgerliche Gruppe, die gänzlich bürgerlich. Am besten schnitten die bürgerlichen Kandidaturen in der Arbeiterklasse (der sechsten) ab. Sie umfassen die zahlreichsten in den anderen Kurien nicht wahlberechtigten Kleinbürgerlichen Elemente, ihnen kamen der maßlose Kampf unter den sozialistischen Parteien und die Folgen des jüdischen Nationalismus zugute.

Am nides zu fürchten... Unter der gegenwärtigen Regierung, der wenn etwas ihr Gleiches fortbestehen sollte, macht es wenig aus, daß wir eine besiegte Nation sind oder nicht.

Aber obwohl Junius gern im Namen des Volkes sprach — „Das Volk hat seinen Unmut mit seiner Ansicht, in seiner Empfindung irrt es sich niemals“ —, obwohl er das Wahlrecht „das Weizen der Verfassung“ sei, und die Freiheit der Presse „das Salz“ aller bürgerlichen, politischen und religiösen Rechte eines Engländer“ nannte, so war er doch keineswegs, wie seine Bewunderer auf dem Festlande lange glaubten, von liberalen oder gar demokratischen Anschauungen geleitet. Er ließ nicht Sturm gegen die aristokratische Verfassung Englands, sondern nur gegen die Mäßigung dieser Verfassung. Es fiel ihm nicht ein, etwa das Banner des allgemeinen Wahlrechts zu entrollen, sondern er strebte nur für die Behauptung des bestehenden Wahlrechts, und die einzige bescheidene Reform, die er gelegentlich verlangte, war die Verkürzung der siebenjährigen Legislaturperioden des Parlaments um drei Jahre. So war Junius statt eines Bekämpfers bürgerlicher Freiheit ein Verfechter aristokratischer Vorrechte, wenn auch die äußere Aufmachung seiner Briefe, die zu den klassischen Werken der englischen Literatur gehören und unzählige Male neu aufgelegt wurden, durchaus freisinnig ist.

Bergleich mählte sich die Regierung Georgs III. nach einem Lauch des Vorkrieges, diesen mächtigen Eber zu fangen, der durch alle Rege brach. Auch als Junius 1772 die Veröffentlichung seiner Pamphlete einstellte, ward das Geheimnis nicht gelüftet. Bald auf diesen, bald auf jenen Zeitgenossen deutete in der Folge die Deffektivität mit dem Finger und glaubte jedesmal den wacklichen Junius zu haben. Aber wenn schon die große Wahrscheinlichkeit spricht, daß Sir Philipp Francis, ein späterer höherer Beamter in Indien, der Verfasser der Junius-Briefe ist, so steht eine ganz zweifelhafte Entscheidung der Frage heute noch aus.

Was den annerkennungswürdigen Schmäher des Königs dazu gemacht hat, mit der Karrikatur eines ungleich Größeren sich zu vernehmen, erhellt aus dem Vorangehenden. Aber der Unterschied zwischen Junius und Junius alter sind fast mehr als der Abwärtsschritt. In erster Reihe zwei: jener kämpfte, wenn auch als Aristokrat, gegen ein verderbtes und vermoderndes System und hatte dabei das ganze Volk hinter sich, dieser streift für Ziele, die, würden sie durchgesetzt, Deutschland verderben und vermodern müßten und das ganze Volk gegen sich; jener war ein gewaltiger und lebenskräftiger Reiter des Wortes, dieser ist ein Stümper und wie die meisten Alldayen nur ein mäßiger Lehrender der deutschen Sprache.

Wenn darum die Briefe des Junius der Weltgeschichte und der Literatur angehören, wird die Schrift des Junius alter stets nur eine Episode in einer Episode bleiben.

Die sozialistischen Parteien erschienen bei der Wahl ohne Mitläufer. Der zahlenmäßige Erfolg ist nachstehender:

1. P. S. S. revolutionäre Fraktion: 2 Gemeinderäte 6000 Stimmen.
2. Sozialistischer Block P. P. S., Linke, und jüdischer sozialistischer Block: 1 Gemeinderat 3500 Stimmen.
3. Dsypil: 1 Gemeinderat 2500 Stimmen.
4. Vereinigung nationaler Arbeiter: 14 000 Stimmen, 7 Gemeinderäte.
5. Jüdisches Volkskomitee: 1 Gemeinderat 8800 Stimmen.

Die Teilzahlen in der Proportionalberechnung gaben beiden bürgerlichen Verbänden je ein Mandat. Die Bruchzahlen stellten sich auf Seite der sozialistischen Parteien. Es stimmten in der sechsten Kurie 36 791 Personen; 2229 Wähler erhielten einen Gemeinderat. Für die Sozialdemokratie Polens und Litauens stimmten zu gleicher Hälfte christliche und jüdische Arbeiter, für den sozialistischen Block in überwiegender Majorität die Mitglieder des jüdischen Bundes. Die revolutionäre Fraktion hat nicht nur die Hälfte aller sozialistischen Stimmen, sie hat auch für die Zukunft das große Reklamé der Vereinigung nationaler Arbeiter, aus dem sie lange Zeit wird schöpfen können.

Sichtlich haben nationale Bestrebungen, wie das auch gar nicht anders sein kann, auch in der Sozialdemokratie eine fräftige Wirkung ausgeübt. Aber Tatsache bleibt, daß man sich gegenseitig um einen großen Teil des Erfolges brachte, das sagt auch ein Mitarbeiter des „Borshis“, der von den Wahlvorgängen ein Bild entwirft. Er meint, die Zersplitterung der sozialdemokratischen Kräfte sei um so bedauerlicher, als unterdessen die bürgerlichen ihnen gegenüber die Vorteile des vereinten Schlagens ausgebeben hatten. Der Wahlausfall berührt schmerzhaft: man habe eine stärkere Zurückdrängung der nationalsozialistischen Parteien in diesem Mittelpunkt langjähriger sozialistischer Propaganda- und Organisationsstärkung erwartet. „Daß dieses Ergebnis nicht eingetreten ist, dürfte zum Teil wohl auch der enormen Zersplitterung der sozialistischen Kräfte zuzuschreiben sein.“

Und die Lehre? Aus Berlin darf kein Barschu werden, in Deutschland darf keine „polnische Wirtschaft“ hochkommen!

Erweiterndes aus Rußland.

Das in Samara erscheinende russische sozialistische Blatt „Golos Truda“ (früher hieß die Zeitung „Rasch Golos“) veröffentlicht einen Aufsatz über die Reise der Dumaabgeordneten nach England. Darin heißt es:

„Die ausländischen Delegierten des progressiven Blockes, der Vizepräsident der Reichsduma, der progressive Oktobrist Protopopow und Herr Miljukow in höchst eigener Person besuchten vor kurzem Stockholm. Anlässlich dieses Besuchs brachte die größte schwedische liberale Zeitung „Die Neuheiten des Tages“ ein Interview mit all diesen Herren, das die inneren Angelegenheiten Rußlands zum Gegenstande hatte. Protopopow empfahl sich dabei als der „echte Vertreter des Volkes“. Es ist für das Volk von Interesse, zu erfahren, was dessen Vertreter den Europäern von ihm erzählt, und der progressive Block wird mir gewiß für die ganze Wiederkehr der wichtigsten Erklärungen dieser nach dem Auslande gereisten Führer erkenntlich sein. Ganz Rußland sympathisiert mit dem ihnen bevorstehenden wichtigen politischen Unternehmen — ungefähr so schreiben die Zeitungen vor der Abreise.“

Der Vertreter des schwedischen Blattes fragte also den Herrn Protopopow: „Wie wirkt der Krieg auf die Lage der russischen Bevölkerung ein?“ Herr Protopopow dachte im Stillen: „Wozu sich in einem fremden Lande genieren?“ und erwiderte laut: „Der Krieg wird so wenig in Rußland empfunden, daß in vielen Wolgabereichen das Volk vom Kriege noch keine Ahnung hat.“ Diese Antwort verblüffte den Schweden so sehr, daß er dem Gespräch sofort eine andere Wendung gab: „Und der wohlthätige Einfluss des Alkoholverbots, ist es allernächst zu bemerken, ist dieses Verbot überall durchgeführt worden?“ „Ja“, erwiderte Protopopow mit stiller Freude und herabgewinnender Einfachheit. Der Schwede, den die erste Mitteilung des soliden Führers des progressiven Blockes ganz aus dem Säuseln brachte und der erfahren wollte, ob nicht das russische Volk vielleicht auf indirektem Wege, und wäre es auf dem des Alkoholverbotes, von der Existenz des Krieges irgendwelche Kunde erhielt, ließ nicht los, indem er bemerkte, daß das Verbot einer auffälligen Charakter trug. Denn das Volk „Die Neuheiten des Tages“, das den Sieg Rußlands herbeiwünscht, nahm daran Anstoß, daß „das Volk in den Wolgabereichen von der Existenz des Krieges keine Ahnung hat“. Hier sah sich Protopopow genötigt, dem Schweden eine kleine Vorlesung über das russische Volk zu halten: „unser Volk“ — soate der Führer des progressiven Blockes — „unser Volk hat gar kein Interesse daran, zu wissen, weshalb man den Branntwein verbote, es hörte ihn einfach zu trinken auf mit dem Momente, wo er verboten wurde. Das russische Volk leidet, ohne nach den Ursachen zu fragen. Es hat zu der Regierungsgewalt ein unbegrenztes Vertrauen. Sehen Sie hier — und Protopopow zieht einen Zweifelpfenschein aus der Tasche —, dieses Geld hat nicht einmal eine Krumme! In welchem Lande hätte das Volk solche unnummerierten Scheine für bares Geld genommen? Unser russisches Volk aber glaubt und nimmt, und wenn darauf nicht zwei Kopeken, sondern zwanzig Rubel zu lesen wären, so würde unser Volk geglaubt, blind geglaubt haben!“

So empfahl sein Volk der „echte Volksvertreter“, der von dem progressiven Block nach dem Auslande zwecks Beleuchtung und Aufklärung russischer Zustände abkommandiert worden war.

Nicht Aufruhr, sondern Auflauf.

In Stuttgart wurde am Samstag ein „Aufruhr“ propagiert, der wegen eines Aufzuges in der Stadt eingelegt war. Wir können nur das Urteil wiedergeben, das in der „Schwab. Tagwacht“ wie folgt verzeichnet ist: Verurteilt wurden Crispian, Edwin Hörnle, Helene Hörnle und Zwider wegen je eines Vergehens des Auflaufs, Crispian außerdem wegen eines Vergehens gegen das Belagerungsgebot. Crispian erhielt drei Monate, Hörnle ein Monat, Frau Hörnle und Zwider je drei Wochen Gefängnis. Die Strafen gegen die drei letzteren wurden durch die Untersuchungsbehörde für verbüßt erachtet, ersterem wurde ein Monat der Haft angerechnet. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Strafauflösung wurden bei Crispian der Umstand berücksichtigt, daß er bemüht war, auf die Menge beruhigend zu wirken; bei dem Vergehen gegen das Belagerungsgebot ist strafschwärend in Betracht gezogen worden, daß der Angeklagte erst kürzlich wegen eines ähnlichen Vergehens verurteilt wurde. Bei Frau Hörnle wurde berücksichtigt, daß sie als Frau unter dem Einfluss ihres Mannes gestanden haben mag, bei Zwider wurde dessen Jugend in Betracht gezogen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Ein von dem Leuchtschiff Noordhinder eingetragenes drahtloses Telegramm besagt, daß der Dampfer „Königin Wilhelmina“ (1903 Brutto-Registertons) von der holländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft Zeeland in der Umgegend des Leuchtschiffes auf eine Mine gelaufen ist. Nach einer späteren Nachricht ragt nur noch das Achterschiff aus dem Wasser. Die Fahrgäste wurden in Rettungsbooten nach dem Leuchtschiff Noordhinder gebracht. Der Schlepper „Rode Jec“, das Rarineschiff „Jee-hond“ und zwei Torpedoboote sind zur Hilfe geeilt. Es befanden sich 41 Fahrgäste und 60 Mann Besatzung an Bord. Die Geretteten sind jetzt auf dem Leuchtschiff Noordhinder, mit Ausnahme eines Rettungsbootes, das noch nicht angekommen ist. Mehrere Personen sind verwundet, drei Seizer ertrunken. Die Katastrophe ereignete sich ungefähr an derselben Stelle, wo gerade vor einem halben Jahre die „Rubantia“ unterging. Das Boot war sehr klein und das Schiff stand noch fest, als alle in die Rettungsboote übergegangen waren. Kein Fahrgast und kein Mann der Besatzung brauchte zurückgelassen werden. Der Versuch des Kapitäns, das Schiff noch einmal zu besteigen, gelang jedoch nicht, da der Dampfer etwa ¼ Stunde nach Vollerladung des Rettungsbootes sehr schnell sank.

Im Monat Juli hat die Stadt Berlin zu Unterstützung für Kriegerfamilien einschließlich Mithelhilfen 10 1/2 Millionen aufgewendet. Die gesamten Ausgaben für diesen Zweck beziffern sich seit Kriegsausbruch auf 180 Millionen Mark.

An Vergiftung nach dem Genuß von Pilzen starben am Samstag die Ehefrau des Kreisgerichtsrats Johannes in Bork bei Dessau und ihre achtjährige Tochter, sowie vier Kinder des Arbeiters Müller. Er selbst, seine Ehefrau und zwei andere Kinder schwanden in Lebensgefahr.

Das Blatt „The Woman's Dreadnought“ der englischen Frauenwahlrechtsvereinigung berichtet: In Bodney wurden Angehörigen der Soldaten die letzte Mohr: von der Post sechs Pence von den Staatsunterstützungen als Zwangsbeiträge zur Kriegsanleihe abgezogen.

Die Nacharbeit in Bädereien ist nun auch in Ungarn samt Kroatien und Serbien von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh verboten. Ausnahmen können nur zur Deckung des Militärbedarfs bewilligt werden. Diese Sicherung einer 12 stündigen Ruhezeit hat die ungarischen Bäderarbeiter sehr befreit. Um so entgegengefeuert werden die Gefühle ihrer sonst sozialpolitisch besser gestellten Kollegen in Österreich sein, wo der Einspruch der Unternehmern diese Maßnahme bisher verhindern konnte. Vielleicht wirkt jetzt das ungarische Beispiel.

Zur Beachtung!

Heute, am 1. August, treten die neuen Portosätze in Kraft. Um Strafporto zu vermeiden, wolle man alle Postsendungen richtig frankieren.



Trustfrei

„Unsere Marine“ - Zigarette

2 1/2 Pfg. einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Zigarettenfabrik, Dresden-A.

Die Explosionskatastrophe bei Neuport.

Ganz furchtbar waren die Wirkungen der Explosion auf einer kleinen Insel bei Neuport, über die gestern bereits berichtet wurde. Auf der Insel waren ungeheure Massen Munition aufgestapelt, eine kleine Explosion pflanzte sich sofort weiter und die Massen flogen in die Luft. Kleine Schiffe, die weitere Munition zuführten, trieben den Strom hinab und gefährdeten die Ortschaften. In Jersey City wurden viele Gebäude zerstört. In Neuport wurden Leute aus den Betten geschleudert. In Neuport sind alle unteren Fensterheben durch den Luftdruck zerbrochen worden, besonders bei der Börse und in mehreren Woffenfabriken; diese gerieten sogar stark ins Schwanken, bestanden aber die Belastungsprobe. Es heißt, 50 Personen seien getötet, darunter über 30 Feuerwehrmänner; 400 Personen werden vermisst.

Neuer meldet aus Neuport: „Die Behörden untersuchen, ob die Explosion einem Anschlag von Deutschen zuzuschreiben ist.“ Als wenn in Amerika solche durch Leichtsinns oder verbrecherische Außerachtlassung von Vorsichtsmaßnahmen nicht öfter vorgekommen seien.

Nochmals: Weltfremde Pazifisten.

Die Geschichte vom Anti-Dorlog-Raad und dem Professor Stengel wird immer lustiger. Professor Eugen Ehrlich von der Czernowitzer Universität, der jetzt in Niederösterreich weilt, teilt der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit: „Mir schien die Sache vom Anfang verdächtig und ich habe mich deswegen an den Anti-Dorlog-Raad gewandt. Dieser teilte mir mit, daß ihnen der Herr unbekannt sei, sie wüßten nicht einmal, wie er die Fragenliste bekommen habe. Sie schickten mir die Ur-schriften der Antworten ein und erlaubten mich, zu erheben, von wem sie herrühren. Die Antworten sind unterschrieben H. S. Stengel und gegeben von Wien, VII, Neubaugasse Nr. 24. Ich habe festgestellt, daß der genannte Herr in diesem Hause ganz unbekannt ist, daß er auch polizeilich nicht gemeldet war und daß ihn in Wien niemand kennt. Die Antworten sind auch sprachlich nicht einwandfrei, denn ein Deutscher sagt doch nicht: „Damit ergibt sich die Unmöglichkeit der Fortsetzung von Friedensarbeiten jeder Art“, sondern wohl: „Daraus ergibt sich, daß es nicht nötig ist, die Friedensarbeiten fortzusetzen.“ Ich halte es nicht für unmöglich, daß das alles von einem Entenler herrührt, der so die Deutschen (oder Deutschösterreicher) bloßstellen wollte. Die Schrift ist allerdings kurrent, und das kommt bei Ausländern selten vor; die Schriftzüge sind die eines Reichsdeutschen. Vielleicht hat sich ein Alldeutscher und Gegner der Friedensbewegung einen schlechten Spaß erlaubt. Daß Professor v. Stengel der Verfasser des Unsinns sein könnte, ist mir nicht einmal eingefallen.“

Vielleicht hat einer erproben wollen, wie weit die Leichtgläubigkeit und Weltfremdheit braver Friedensfreunde geht.

Abgeschüttelt!

Der Zentralverband deutscher Industrieller erläßt in den „Verl. Polit. Nachrichten“ folgende Erklärung:

„Gegen die kürzlich in einem süddeutschen Verlage erschienene Schrift von Steinmann-Bucher, „Deutschlands Volkswirtschaft im Kriege“, sind in einer Reihe von Tageszeitungen scharfe Einsprüche und Angriffe gerichtet worden. Hierbei ist gleichzeitig der Versuch gemacht worden, auch den Zentralverband deutscher Industrieller, als dessen „nationalökonomischer Schriftsteller“ Herr Steinmann-Bucher bezeichnet wurde, in die Auseinandersetzung über gewisse, von dem Verfasser getretene Anschauungen hineinzuziehen.“

Es ist richtig, daß Herr Steinmann-Bucher vor dem Kriege Herausgeber der „Deutschen Industrie-Zeitung“, des Organs des Zentralverbandes deutscher Industrieller, gewesen ist. Das Erscheinen der „Deutschen Industrie-Zeitung“ ist aber mit Kriegsbeginn eingestellt worden. Jetzt ist Herr Steinmann-Bucher verantwortlicher Schriftleiter der „Mitteilungen des Kriegsaus-schusses der deutschen Industrie“, die gemeinsam vom Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen herausgegeben werden.

In den Mitteilungen hat der Zentralverband deutscher Industrieller streng vermerkt, zu Fragen politischer und wirtschaftspolitischer Natur irgendwelche Stellung zu nehmen. Die vorerwähnte Schrift des Herrn Steinmann-Bucher ist eine reine Privatarbeit, die den Mitgliedern und der Geschäftsführung des Zentralverbandes deutscher Industrieller erst nach ihrer Veröffentlichung bekannt geworden ist.

Es erübrigt sich nach diesen Feststellungen, noch besonders zu betonen, daß die von Herrn Steinmann-Bucher vertretenen Anschauungen, die gegenwärtig Gegenstand der Kritik geworden sind, insbesondere seine Auffassung von der Privat- und volkswirtschaftlichen Wirkung des Krieges, vom Zentralverband deutscher Industrieller nicht geteilt werden. Die Bemerkungen, die gedachten Auslassungen des Herrn Steinmann-Bucher zu politischen Themen mit der Spitze gegen die deutsche Industrie, im besonderen gegen den Zentralverband deutscher Industrieller auszubringen, dürfen hiernach gegenstandslos sein.“

Der Zentralverband möchte sich aber in Acht nehmen, daß Herr Steinmann-Bucher seine tollhässlichen Ansichten über einen Krieg in Vermonenz nicht doch noch gewissen Kriegsindustriellen schmeichelt zu machen sucht.

Neues aus aller Welt.

Albert Reiser †.

Im Alter von 61 Jahren ist Albert Reiser gestorben, des wohlbekannten Vertreters ärztlicher Wissenschaft, für den in Breslau der erste deutsche Lehrstuhl für die Lehre von den Hautkrankheiten geschaffen worden war. Reiser hat Großes geleistet in der wissenschaftlichen Bekämpfung schlimmer Krankheiten, namentlich auch der Geschlechtskrankheiten. Zeitweise erregte der rücksichtslose Forschergeist, mit dem er zu Werke ging und Experimente an lebenden Körpern machte, in der breiten Öffentlichkeit beständigen Protest. Reiser entfaltete auch eine propagandistische Tätigkeit zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die zumal in manchen Kreisen der frommen Anstöß und Unwillen erregte. In der Kriegszeit drang Reiser kräftig auf die Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten im Heere.

Der Tod löst Feindschaft aus.

In Hochspeyer (Pfalz) wurde dieser Tage als Opfer des unglücklichen Weltkrieges unser braver Parteigenosse Peter Trauth unter zahlreicher Beteiligung der Einwohnerschaft, der Soldaten, der Verbundenen des hiesigen Lazarets und der am Orte beschäftigten gefangenen Russen zur letzten Ruhe bestattet. Am Grabe widmete nach dem Geißlichen unter Niederlegung eines Kränzes Genosse Klement (Reiservollwacht) dem Verstorbenen

warmer, zu Herzen gehende Worte der Anerkennung. Er habe sich der Partei angeschlossen, die vor dem Kriege so geschmäht und bekämpft wurde, bei dem Kriege aber bewiesen habe, daß sie ebenso wie alle anderen bereit ist, das Vaterland zu verteidigen und die daher nicht den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit verdiene. Wären aber alle Kreise den Bestrebungen der Sozialdemokraten, die gegen den Krieg und für Erhaltung des Friedens sind, gefolgt, so hätten wir heute nicht den unglücklichen Krieg mit seinem unermeßlichen Jammer und Herzleid im Gefolge. Die Anwesenheit der feindlichen Gefangenen bezeugte, daß es vor der Majestät des Todes keine Feindschaft gibt. Möge ein baldiger Friede unserm Vaterlande beschert sein, für das der Verstorbene wie so viele andere sein Leben lassen mußte. Die Worte des Genossen Klement, die viele Teilnehmer zu Tränen rührten, fanden, wie die „Pfalz-Post“ berichtet, allgemeinen Anklang und wurden, namentlich von den zahlreichen weiblichen Teilnehmern, zustimmend und mit Bewunderung besprochen. War es doch das erstemal, daß bei einer Verteidigung in Hochspeyer ein Sozialdemokrat neben dem Geistlichen am Grabe sprach. Die meisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen dürften eine andere Auffassung von der Sozialdemokratie und ihren Bestrebungen bekommen haben.

Auch ein Kriegsgeisler. „Egyptian Gazette“ vom 13. Juli schreibt: Infolge des Krieges werden in England die Trauringe teuer und teuer. Angehende Ehemänner bekommen zu hören: Bestellen Sie die Trauringe bald, sonst bekommen Sie sie nicht rechtzeitig genug für die Hochzeit. Da die Juweliere keine Goldpfunde mehr zum Einschmelzen bekommen, ist es für sie recht schwer geworden, Gold aufzutreiben. Die Vorräte an fertigen Trauringen sind gering, und eine Bestellung nimmt jetzt lange Zeit in Anspruch, bis sie ausgeführt ist.

Telegramme.

Einwohnerverschiebungen in Nordfrankreich.

Berlin, 1. Aug. (B. A. Nichtamtlich.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt unter der Überschrift „Abzug von Einwohnern der besetzten Teile Frankreichs in andere Gegenden dieses Gebietes“: „Rundspähre von Lyon ergaben sich seit einigen Tagen in Vertiefungen der deutschen Verwaltung, weil sie einige Tausend Einwohner des Gebietes von Lille und der benachbarten Städte in andere Teile des besetzten Gebietes fort-schaffen ließ. Die Franzosen tun so, als hätte sich die größte Barbarei ereignet; es wird behauptet, Tausende von Menschen seien wie Sklaven fortgeschafft und wie Vieh behandelt worden.“

Demgegenüber wird folgendes festgestellt: Die deutsche Verwaltung hat keinen Anlaß, zu verschweigen, daß sie viele Tausende französischer Einwohner beiderlei Geschlechts aus den großen Städten in französische Gebiete fort-schaffen ließ. Sie beabsichtigt, es zukünftig noch weiter zu tun. Daß dies nötig geworden ist, haben sich die Franzosen und ihre Verbündeten lediglich selbst zuzuschreiben; durch ihre völler-rechtswidrigen Maßnahmen, um die Verpflegung Deutschlands und der von deutschen Truppen besetzten Gebiete zu erschweren, haben sie es erreicht, daß wenigstens in den großen Städten des besetzten Gebietes nahe der Kampffront die Verpflegung der Zivilbevölkerung nicht mehr in dem Maße hat sichergestellt werden können, wie die deutsche Verwaltung es nach gewissen-hafter Prüfung für notwendig hält und wie dies auch nach den Bestimmungen des dritten Abschnitts der Land-kriegsordnung — Anlage des Oberger Abkommens vom 18. Oktober 1907 — ihre Pflicht ist.

Als größtmöglicher Weg der Abhilfe ergab sich, Teile der Bevölkerung aus den großen, dicht bevölkerten und deshalb schwer zu ernährenden Gebieten fortzuführen und in spärlicher be-völkerte zu verlegen, wo sich eine sachgemäße Verteilung der Nahrungsmittel leichter ermöglichen läßt. Hiermit ist gleichzeitig die Abfertigung bewirkt worden, den Gebieten mit geringerer Bevölkerungszahl in deren eigenem Interesse die dort vor allem für die landwirtschaftlichen Arbeiten dringend nötigen Arbeitskräfte zuzuführen.

Französischerseits ist Kritik an der Art der Ausführung geübt worden. Diese Kritik ist völlig unbegründet. Es ist gleichgültig, ob so umfangreiche Transporte von Menschen in gleichgültig in lebhafter frischer Tätigkeit begriffenen Gebieten geführt werden konnten. Die deutsche Verwaltung hat jedoch alles getan, um solche Vorfälle, wo sie ihr bekannt wurden, zu beseitigen.

Es bleibt dahingestellt, wie die Franzosen in einem ähnlichen Falle wohl mit deutschen Einwohnern verfahren haben würden. Vorübergehend aber berührt es bei einem nach seiner Ansicht so demokratischen Vorgehen, wie die Franzosen, daß die erwähnten Anlagen sich besonders darauf beziehen, daß bei den Abschiebungen kein Unter-schied zwischen arm und reich, hoch und niedrig gemacht wurde.

Die von den erwähnten Rottschandmaßnahmen betroffene fran-zösische Bevölkerung erklärte sich im übrigen damit im vollsten Maße zufrieden, was auch, wie nicht verschwiegen werden soll, in der guten Aufnahme durch die französischen Einwohner der neuen Wohnorte mit begründet ist.

Italienischer Tagesbericht.

Rom, 31. Juli. (B. V.) Amtlicher Bericht: Im Etschtal griff der Feind in der Nacht zum 30. Juli unsere Stellungen von Castione und Juana an. Er wurde sogleich zurückgeschlagen. Gestern Tätigkeit der feindlichen Artillerie in der ganzen Gegend von der Etsch bis zum Pasubio. Im Etschtal dauert unser Druck nördlich des Monte Cimone an. Feindliche Artillerie schmerzt Kanonenbeschuss gegen unser Artillerie. Es wurde Schaden angerichtet. Auch fielen der Beschießung einige Personen zum Opfer. Im Tradighotal (Avisio) versuchte der Gegner, der Verschießungen an Truppen und Artillerie erhalten hatte, drei aufeinander folgende Angriffe gegen die kürzlich von uns eroberten Stellungen. Er wurde jedesmal energisch zurückgeschlagen. Im Drantal wurde die Station Silian von neuem von unserem Feuer getroffen.

Feindliche Flugzeuge warfen einige Bomben auf Ala und Pieve di Primiero. Es gab kein Opfer und auch keinen Schaden.

Margarine-Verteilung.

Gegen Fettmarke Va wird von Mittwoch, 2. August, ab Margarine abgegeben. Auf jede Karte entfallen 125 gr Margarine. Der Preis ist M. 2.— für das Pfund.

Die Margarine kann von dem Bezüger nur in dem Geschäft gekauft werden, auf das der Kundenschein für Butter lautet. Der Kundenschein und die Brotausweisliste sind den Verkäufern vorzulegen, damit sie feststellen können, ob der Käufer in dem Laden kaufberechtigt ist.

Der Verkauf erfolgt die ganze Woche hindurch. Es ist genügend Vorrat für alle Kunden vorhanden.

Die Fettmarke Va wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, den 31. Juli 1916.

Der Magistrat.

Fleischverteilung.

In der Woche vom 2. bis 8. August sind die Fleischarten-Abschnitte 33—36 zum Einkauf von 250 gr Fleisch oder Wurst gültig. Die Abschnitte 33, 34 und 35 berechnen zum Bezüge von je 75 gr, der Abschnitt 36 zum Bezüge von 25 gr.

Der Fleischverkauf findet statt am: Mittwoch den 2. August und Donnerstag den 3. August und zwar:

für Haushaltungen usw. mit den Anfangsbuchstaben:
A—D Mittwoch, vorm. 7—10 Uhr
E—H „ „ 10—1 „
I—L „ „ nachm. 4—6 „
M—Q „ „ 6—8 „
R—S Donnerstag, vorm. 7—10 „
T—Z „ „ 10—1 „
A—Z „ „ nachm. 5—7 „

Von Donnerstag nachmittag 7 Uhr bis Dienstag 8. August gelten die Abschnitte 33—36 der Fleischkarte nur zum Bezüge von Fleischspeisen in den hiesigen Wirtschaften. Die Abschnitte 29—32 sind verfallen.

Wiesbaden, den 1. August 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die bisher am 1., 10. und 20. jeden Monats von Bäckern und Fäbldern des Stadtbezirks Wiesbaden erstellte Vorratsanzeige von Mehl hat vom 1. August 1916 ab noch am 1. und 15. jeden Monats zu erfolgen.

Die Nichterstattung der Anzeige bzw. die Nichteinhaltung der vorgenannten Termine kann die Sperrung des Mehlbezugs zur Folge haben.

Wiesbaden, den 26. Juli 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nachdem die Reichsgetreidestelle wieder genügend Roggenmehl geliefert hat, fällt die mit Genehmigung des Reichs-Regierungs-Präsidenten vom 7. d. Mts. angeordnete Streckung unserer Brotmehle mit 20% Weizenmehl, sowie unsere Roggenmehlverfügung vom 17. d. Mts., betreffend Streckung mit 50% Weizenmehl, vom 1. August d. Js. ab weg.

Wiesbaden, den 29. Juli 1916.

Der Magistrat.

Betr. Seife.

Vom 1. August ab darf Seife nur noch gegen die Den-nächst zur Ausgabe gelangenden Seifenarten und die Einhaltung der vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen gegeben werden. Unsere Verordnung über die Beschränkung des Seifenverbrauches vom 10. Mai 1916 wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, den 31. Juli 1916.

Der Magistrat.

Bezugscheine

für Web-, Wirk- und Strickwaren

Die einschlägigen Geschäfte können Bezugscheineformulare um sie zur Ausgabe an Verbraucher bereithalten zu können im Rathaus, Zimmer 44, abholen.

Wiesbaden, den 31. Juli 1916.

Der Magistrat.

Ausführungsbestimmungen betr. Bezugscheine

im Sinne der „Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916“.

Vom Herrn Regierungspräsidenten sind wir mit der Ausführung und Überwachung der Einhaltung der Vorschriften der §§ 7 bis 13 der Bundesratsbestimmung vom 10. Juni ds. Js. beauftragt worden und treffen bezüglich der Bezugscheine folgende Bestimmungen:

- Bestimmungen für die Käufer.**
- § 1. Als Bezugscheine werden nur solche mit Vordruck der Reichsbekleidungsstelle zugelassen.
 - § 2. Bezugscheine können im Rathaus, Zimmer 45, und in den einschlägigen Geschäften unentgeltlich abgeholt werden. Auf dem Bezugschein ist der für den Antragsteller vorgezeichnete Vorname auszufüllen. Als Antragsteller gilt das Familienhaupt auf dessen Rechnung die Anschaffung erfolgt. Die vorschreibsmäßig ausgefüllten Bezugscheine sind der städtischen Prüfungsstelle, Rathaus, Zimmer 45, vorzulegen. Hierbei hat der Antragsteller der Vorlegung einer polizeilichen Bescheinigung, des Steuerzettels der Brotausweisliste, oder auf andere Weise nachzuweisen, daß glaubhaft zu machen, daß er seinen Wohnsitz in Wiesbaden hat. Der Antragsteller ist zu jeder Auskunft — insbesondere auch über vorhandene Vorräte — verpflichtet, welche von der städtischen Prüfungsstelle für die Beurteilung der Notwendigkeit der Anschaffung für erforderlich gehalten wird.
 - § 3. Die Prüfung des Antrages und die Ausfertigung der Bezugscheine erfolgen, soweit nicht eine sofortige Erledigung möglich ist, innerhalb einer Höchstfrist von 3 Tagen.

- Bestimmungen für die Verkäufer.**
- § 4. Die Verkäufer haben die von den Käufern empfangenen Bezugscheine — nach Angültigmachung gemäß § 13 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni ds. Js. — am 1. jeden Monats der Ausfertigungsstelle für die Bezugscheine, Rathaus, Zimmer 45, abzuliefern.

Jeder Ablieferung ist eine unterzeichnete Aufstellung über die Gesamtzahl der abgelieferten Scheine beizufügen. In dieser Aufstellung ist je die Anzahl der vom Magistrat Wiesbaden und anderen Ortsbehörden ausgegebenen Scheine besonders zu bezeichnen.

- Inkrafttreten der Verordnung.**
- § 5. Diese Ausführungsbestimmungen treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

- Strafbestimmungen.**
- § 6. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafen bis zu 150 Mark bestraft.

Wiesbaden, den 29. Juli 1916.

Der Magistrat.